

**HERBSTTAGUNG
DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
RHODOS, 29. September bis 2. Oktober 2004**

**KONFERENZ ÜBER MENSCHENHANDEL
SITZUNG DES STÄNDIGEN AUSSCHUSSES
2. PARLAMENTARISCHES FORUM ÜBER FRAGEN DES MITTELMEERRAUMS**

BERICHT

Die Herbstkonferenz der OSZE PV fand auf Einladung des griechischen Parlaments in Rhodos statt. Mehr als 130 Abgeordnete aus 43 Ländern nahmen an der Konferenz teil. In Abwesenheit des Leiters der deutschen Delegation hat Abg. Hans **Raidel** (CDU/CSU) die Delegation geleitet. Weiterhin nahmen seitens des Bundestages folgende Abgeordnete teil:

Abg. Claudia **Nolte** (CDU/CSU)
Abg. Helmut **Rauber** (CDU/CSU)
Abg. Doris **Barnett** (SPD)
Abg. Rolf **Kramer** (SPD)
Abg. Kurt-Dieter **Grill** (CDU/CSU)

Neben einer Sitzung des Ständigen Ausschusses fand eine Konferenz über **Menschenhandel** statt. Sie enthielt eine Reihe von Präsentationen und Diskussionen, die sich auf Menschenhandel als Sicherheitsproblem und als neue Form des Sklavenhandels sowie entsprechende Bekämpfungsstrategien konzentrierten. Im Mittelpunkt des 2. Parlamentarischen **Forums Mittelmeer** standen die Terrorismusbekämpfung und Fragen wirtschaftlicher Zusammenarbeit (*Anlage 1: Programm, Anlage 2: Teilnehmerliste*)

**Mittwoch, 29. September 2004
KONFERENZ ZUM THEMA MENSCHENHANDEL**

Eröffnungssitzung

Eröffnungsrede durch Alcee L. HASTINGS, Präsident der
Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Begrüßung durch Prof. Anna BENAКИ, Präsidentin des
Griechischen Parlaments

Begrüßung durch Panos KAMMENOS, Leiter der Griechischen
Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE,
Vizepräsident der OSZE PV

In seiner Einführungsrede bezeichnete der **Präsident der OSZE PV, Alcee Hastings (USA)**, Menschenhandel als ein wichtiges Thema. Frauen und Kinder würden zwangsweise verschleppt, neben den bekannteren Herkunftsländern auch aus Afrika und Asien. Er würdigte das Engagement des PV-Sonderbeauftragten Abg. Chris Smith. Nach dem OSZE-Aktionsplan müsse man sowohl den Bereich der Zielländer wie auch der Herkunftsländer beleuchten, wenn man etwas ändern wolle. In den Herkunftsländern gebe es in der Regel Konflikte, Diskriminierung, wirtschaftliche Notlagen und Strukturen wie Korruption, die

Menschenhändlern das Geschäft erleichterten. Wichtig sei die Verbindung zwischen Menschenhandel und anderen Phänomenen wie bewaffneten Konflikten, Diskriminierung usw. Der Präsident lobte die Arbeit der OSZE-Sonderbeauftragten Helga Konrad und verwies darauf, dass die PV sich mit dem Thema Menschenhandel in der Erklärung von Rotterdam und Edinburgh beschäftigt habe (*Rede A. Hastings als Anlage 3*)

Die **griechische Parlamentspräsidentin, Prof. Anna Benaki**, prangerte die Willkür und Unterdrückung der Menschen und Verletzung der Menschenrechte durch Menschenhandel an. Die Menschenrechtserklärung sei der Bezugspunkt moderner Demokratien und stelle die Menschenwürde als grundlegendes Prinzip und als Grundstein für Freiheit und Gerechtigkeit in den Vordergrund. Menschenhandel stelle eine der einträglichsten Aktivitäten nach Waffenhandel und Drogenhandel dar. Es handele sich um ein komplexes Phänomen, das in verschiedenste Bereiche hineinwirke. Vom Sklavenhandel früherer Zeiten habe sich eine neue Form des Menschenhandels mit weit reichenden Netzwerken mit dem Ziel der Ausbeutung, nicht nur sexueller Art, entwickelt. Die schlechte Wirtschaftslage in vielen Regionen trage dazu bei, dass sich der Handel entwickeln könne. Jedes Jahr gebe es nach Schätzung der VN 4 Million Menschen als Opfer von Menschenhandel; 500 000 kämen dabei nach Westeuropa. Eine Lösung des Problems könne es nur auf internationaler Ebene geben. Zur Vorbeugung müssten seitens der Ursprungsländer die Gründe für Menschenhandel beseitigt werden. Demokratieverfestigung sei ein wichtiges Element im Kampf gegen Menschenhandel; in der Umsetzung seien auch Informationskampagnen notwendig. Die Zielländer müssten die Notwendigkeit für die Unterstützung der Opfer erkennen und Kontrollmechanismen, die Koordination zwischen den Regierungen sowie die Zusammenarbeit der NGOs verbessern, deren Rolle sie besonders hervorhob. Koordination sei eine wichtige Aufgabe auch der Parlamente, die die rechtlichen Rahmen für Maßnahmen setzen sowie auch großen Einfluss auf Regierungen der Länder ausüben können. (*Rede in Anlage 4*)

Der **Leiter der griechischen Delegation und Vizepräsident der OSZE PV Panos Kammenos** hieß die Delegierten in seinem Land herzlich willkommen. Er bezeichnete Menschenhandel als eine Geißel der aktuellen Epoche und als besondere Gefahr für die sich entwickelnden Länder. Menschenhandel sei eine Form der Sklaverei und ein Phänomen mit kriminellem Charakter. Es gebe die Herausforderung auch an die Politiker, Verantwortung zu übernehmen, indem man z.B. auf die Umstände aufmerksam macht, wobei die Medien hier eine Rolle übernehmen müssten. Die Opfer müssten im Mittelpunkt stehen. Insgesamt seien die Bedeutung und die Auswirkungen des Menschenhandels noch nicht hinlänglich erfasst. Das Problem sei auch ein Sicherheitsproblem, weshalb eine schnelle Reaktion erforderlich sei, wie die Annahme von Aktionsplänen etc. Die Konferenz werde zur Verstärkung des Kampfes beitragen, für dessen Erfolg entsprechende Regeln aufgestellt und umgesetzt werden müssten.

Sitzung 1: Menschenhandel als Herausforderung an die Sicherheit

Vorsitz und Moderation:

Giovanni KESSLER, Vizepräsident der OSZE PV

- Illegale Einwanderung und Menschenhandel als Sicherheitsproblem des 21. Jahrhunderts
- Menschliche Sicherheit: Prävention und Bekämpfung von Menschenhandel: Eine Herausforderung an die OSZE.
Prof. Helga KONRAD, OSZE-Sonderbeauftragte für Menschenhandel

Aristotelis Pavlides, Minister für Ägäische Angelegenheiten und Inselpolitik (Griechenland), ging auf die Veränderungen seit Ende des Kalten Krieges ein. Griechenland leide unter Menschenhandel. Zwischen 1999 und 2003 seien pro Jahr ca. 5000 Menschen aus dem geplanten Transport gerettet worden. Die Opfer zahlten in der Regel 2000 Dollar für den Transport nach Europa, mit dem Risiko, dass die Händler sie häufig nach Erhalt des Geldes auf dem Meer aussetzten. 2003 wurden 74 Menschenhändler verhaftet und bis August 2004 lag die Zahl bei 60. Der Rechtsrahmen sei in Griechenland relativ gut ausgeprägt. In Rhodos werde alle zwei Jahre ein Treffen der östlichen Mittelmeerländer veranstaltet, wo unter anderem das Thema Menschenhandel diskutiert werde. Der sehr gute Austausch auch im Rahmen der Parlamente sei notwendig, die entsprechende Initiativen anregen und Geldmittel bereitstellen könnten. Ein Vorschlag des Zusammentreffens sei unter anderem die Einrichtung einer europäischen Hafenbehörde.

Prof. Helga Konrad, Sonderbeauftragte der OSZE im Kampf gegen Menschenhandel (*Rede - Anlage 5*) kritisierte, dass Tatsachen im Zusammenhang mit dem Phänomen Menschenhandel immer noch ignoriert werden und eine unangemessene Konzentration auf die Frage illegaler Migration stattfinde. Menschenhandel habe allerdings zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen; Forschung und Analysen wurden durchgeführt. Dennoch gebe es keine messbare Reduzierung des Menschenhandels. Vielleicht müsse man die Annahmen überprüfen, die bislang gemacht wurden. Die meisten Länder organisierten ihre Antwort unter dem sehr verengten Blickwinkel der nationalen Sicherheit, der Priorität eingeräumt werde, und mit Blick auf den Kampf gegen illegale Einwanderung. Oft gebe es einen Teufelskreis, wenn nach Ausweisung illegale Personen erneut eingeschleust werden. Die Kurzfristigkeit solcher Maßnahmen würde nicht erkannt. Ein weiteres Problem sei, dass Menschenschmuggel mit Menschenhandel vermischt werde. Der grundlegende Unterschied liege im Einverständnis des Geschmuggelten und in der Tatsache, dass Schmuggel immer transnational sei, während Menschenhandel innerhalb ein und desselben Landes stattfinden könne. Menschenhandelsopfer würden immer noch kriminalisiert. Sie brauchten eine längere Betreuung auch mit Blick auf Aussagen, die man im Prozess gegen die Menschenhändler benötige. Eine Europäische Konvention werde hoffentlich die Länder ermutigen, auch den Opferschutz zu verstärken. Auch Helga Konrad regte bessere Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene an. Opferschutz sei Voraussetzung auch für die Rechtsdurchsetzung. Sie forderte mehr Ausbildung in diesem Feld für die Beteiligten bei Polizei und Justiz und nannte als zentrale Frage das Aufenthaltsrecht der Opfer, das auch Voraussetzung für die Kooperation mit den Behörden sei. Der Status der Opfer in den Prozessen müsse ein Aussageverweigerungsrecht umfassen, aber positive Unterstützung im Fall der Aussage sei nötig. Ein Recht auf Familiennachzug würde häufig den Betroffenen die Angst vor Konsequenzen für die Angehörigen im Ausland nehmen. Opfer dürften nicht allein wegen des illegalen Grenzübertritts bestraft werden. Sie regte aktive Handlungsweisen statt reaktiver Strategien an. Es fehle bislang auch an einem Follow-up, wenn die Opfer einmal zurückgeschoben seien. Notwendig sei die Entwicklung von Mechanismen, die den gesamten Prozess der Aktion von dem Zeitpunkt der Ausreise aus dem Herkunftsland bis hin zur Situation im Empfängerland abdecke. Es gebe keine einfachen oder einschichtigen Lösungen, weil man sich nicht auf einen Aspekt wie etwa Nachfrage im Empfängerland, die Arbeitsmarktsituation etc. beschränken könne.

In der anschließenden Diskussion bezeichnete ein ukrainischer Delegierter Menschenhandel als globale Herausforderung, die nun auch Länder wie Afrika betreffe, und forderte internationale Zusammenarbeit. Ein kasachischer Delegierter bezeichnete die Krise der modernen Gesellschaft, das Gefälle von Arm und Reich sowie die Stellung der Frau als eine Ursache. Seitens der türkischen Delegation wurde auf Änderungen im eigenen Rechtssystem

im Kampf gegen Menschenhandel und in diesem Zusammenhang auf die Einrichtung von Schutzhäusern in Istanbul hingewiesen. Ein Vertreter Israels verwies auf einen Unterausschuss zum Kampf gegen Menschenhandel in seinem Parlament und betonte die Notwendigkeit der internationalen Kooperation im Kampf gegen Menschenhandel als organisiertes Verbrechen. Wichtig sei eine spezielle Ausbildung für Mitarbeiter im Bereich der Rechtsdurchsetzung. Menschenhandel sei auch oft Kinderhandel mit dem Ziel der Organentnahme. Abg. **Doris Barnett** (SPD) Deutschland erklärte, sie wolle zu den sehr interessanten Ausführungen von Prof. Konrad einige provozierende Anmerkungen machen. Man spreche von Menschenhandel, wobei die Ursachen schwerpunktmäßig im Herkunftsland liegen. Mit Maßnahmen im Herkunftsland und entsprechenden Kontrollen solle man eine Unterbindung des Menschenhandels unterstützen, und den Akzent auf die Hilfe vor Ort setzen. Hierzu gehöre die Verbesserung der Situation der Menschen in den Herkunftsländern, auf die man unter anderem durch Abschluss von Abkommen hinwirken könne, beispielsweise im landwirtschaftlichen Bereich. Man habe keinen Erfolg dadurch, dass man den Status der Opfer am Ziel legalisiere, dies werde vielmehr erneuten Auftrieb für Menschenhändler bieten. Man helfe den Menschen in den Herkunftsländern vielmehr, wenn man z. B. entsprechenden Handel zulasse und die Märkte in Europa und in Nordamerika nicht so abschotten würde. Von französischer Seite wurde ebenfalls betont, man könne das Problem nicht nur als Sicherheitsproblem behandeln. Die Ursache liege im wirtschaftlichen Gefälle. Der Migrationsfluss aus den armen Ländern in die reichen Länder, die Arbeitskräfte suchen, führe z.B. dazu, dass illegale Einwanderer nur 30 % des Mindestlohns in Frankreich erhielten. Menschenhandel sei ein Problem auf verschiedenen Ebenen; man brauche eine einheitliche Definition, angegliche Systeme und Rechtsvorschriften.

Prof. Helga Konrad merkte zum Schluss an, die kriminellen Organisationen agierten schnell und Menschenhändler arbeiteten besser zusammen als die Institutionen. In der OSZE habe man eine Allianz gegen Menschenhandel gegründet, die offen für alle Mitgliedstaaten und Partner sei. Auf der Website des ODIHR gebe es eine Übersicht über Maßnahmen im Kampf gegen Menschenhandel. Minister Pavlides sprach sich gegen die Schaffung neuer Organisationen aus und regte an, das nächste Treffen, das in Rhodos stattfindet, mit dem Mittelmeerforum gemeinsam durchzuführen. Er appellierte an die Parlamentarier, bei den Hilfen in Form von Entwicklungshilfe auch das Problem Menschenhandel im Auge zu haben.

Sitzung 2: Menschenhandel als neue Form der Sklaverei

Vorsitz und Moderation:

Panos Kammenos, Vizepräsident der OSZE PV, Leiter der griechischen Delegation

- Cross border trafficking und neue Formen der Sklaverei.
Daniel ESDRAS, Missionsleiter, Internationale Einwanderungsorganisation, Athen
- Die EU im Kampf gegen Menschenhandel und Ausbeutung von Kindern.
Marjan WIJERS, Vorsitzende der EU-Expertengruppe

Daniel Esdras, Missionschef, Internationale Organisation für Migration, berichtete über Erfahrungen vor Ort. Hauptsächliches Mittel zum Transport seien Boote; häufig würden Flüchtlinge und auch örtliche Behörden den angekommenen Menschen helfen. Notwendig sei eine Ausbildung der ansprechenden Einsatzkräfte, um mit der Situation angemessen umzugehen. Er betonte in dem Zusammenhang die Bedeutung von Korruption. Korruption

und organisierte Kriminalität gehen Hand in Hand, was z. B. die Ausstellung von Visa erkläre. Neben anderen Folgen sei auch der Verlust an jungen Menschen in den Herkunftsländern zu bedenken. Bei wenig Perspektiven in der Heimat ließen sich leichter Opfer finden, die zum Zwecke von Ausbeutung – sei es zur Prostitution, zum Einsatz als Söldner, zur Zwangsverheiratung oder als Haushaltshilfe - verkauft werden. Zur Erläuterung der Praktiken der Menschenhändler legte er dar, wie die Opfer angelockt werden: z. B. durch Vorspiegelung, dass sie in Griechenland oder in Italien arbeiten könnten. Diese Täuschung werde oft sehr professionell betrieben, mit Bildern, anderen konkreten Belegen und Versprechungen bestimmter Geldsummen z.B. für eine Art Ferienjob.

Majarn Wijers, Vorsitzende der EU-Expertengruppe zum Menschenhandel, sprach zum Thema „Aktion der EU gegen Menschenhandel und die Ausbeutung von Kindern“. Die Expertengruppe sei eine beratende Gruppe, eingesetzt in Folge der Brüsseler Erklärung von 2002. Die Gruppe soll in einem Bericht konkrete Vorschläge zur Umsetzung unterbreiten. Sie besteht aus 20 Experten aus den Bereichen Rechtsdurchsetzung, Migration, Opferhilfe usw. Der Bericht folge in der Struktur im Hinblick auf Opferhilfe und Rechtsdurchsetzung der Brüsseler-Erklärung. Als maßgebliche Aspekte wurden auch von ihr die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit, Bekämpfung der Korruption und Einbindung der NGOs genannt. Der menschenrechtsorientierte Ansatz gehe von einer Definition wie im VN-Protokoll (Palermo-Protokoll) aus. Mittel des Menschenhandels sind Gewalt oder Täuschung; der Zweck des Menschenhandels sei immer Ausbeutung zu verschiedenen Zwecken (v.a. Prostitution, Arbeit, Organentnahme), also vielfältig. Trotz der scheinbar klaren Definition gebe es Fragen im Zusammenhang mit der Unterscheidung zwischen Menschenhandel und Menschenschmuggel. Letzterer habe die Grenzüberschreitung, ersterer die Ausbeutung zum Zweck. Während des Moments der Bewegung der Opfer sei häufig nicht klar, welcher Tatbestand erfüllt sei. Der Zwang, welcher Voraussetzung für den Menschenhandels sei, werde nicht durch ein Einverständnis ausgeschlossen, wenn dies durch Täuschung erlangt sei. Die Unterscheidungen, auf die viel Wert gelegt werde, führten in der Praxis dazu, dass es eine nicht gerechtfertigte Unterscheidung zwischen „schuldigen und unschuldigen Opfern“ gibt. Die Politik sollte insofern auf das Ergebnis schauen – wie Sklavenarbeit – und nicht zunächst auf die Frage, ob jemand sich freiwillig auf etwas eingelassen hat. Der menschenrechtliche Ansatz stelle die Person mit ihren Rechten in den Mittelpunkt und definiere Minimum - Standards für die Behandlung der Opfer. Der Wille der Opfer zur Hilfe bei der Strafverfolgung hänge von der Behandlung ab, so dass die Vernachlässigung der Opferinteressen letztlich auch eine Beeinträchtigung der Strafverfolgung darstelle.

In der darauf folgenden Debatte wurde seitens der Ukraine der Verlust moralischer Werte als Ursache genannt; aus der italienischen Delegation wurde auf die Auswirkungen des Menschenhandels in verschiedenen Bereichen hingewiesen und die Notwendigkeit des Verständnisses von Fluchtursachen hervorgehoben. Die reichen Länder müssten den weniger entwickelten Ländern wirtschaftlich helfen.

Sitzung 3: Internationale Strategien im Kampf gegen den Menschenhandel

Vorsitz und Moderation:

Tone TINGSGARD, Vizepräsidentin der OSZE PV

- Das Globale Programm der UN gegen den Menschenhandel (GPAT)
Kristiina KANGASPUNTA, UN-Abteilung Bekämpfung von Menschenhandel. Amt der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)
- Angebot und Nachfrage: Zusammenarbeit privater und öffentlicher Einrichtungen im Kampf gegen Menschenhandel
Marcin SWIECICKI, Koordinator der Aktivitäten der OSZE auf dem Gebiet von Wirtschaft und Umweltschutz

Kristiina Kangaspunta, VN-Abteilung Bekämpfung von Menschenhandel. Amt der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) erläuterte das UN-Programm gegen den Menschenhandel. Als Grundlage der Präsentation diente der Film „Lilja 4ever“, der ein typisches Opferschicksal dokumentiert. Am Anfang stehe häufig ein Verlust, in diesem Fall eines Elternteils, welcher die Opfer anfällig mache. Hinzu kommen mangelnde Gelegenheiten zur Lebensentwicklung. Die Definition im VN-Protokoll enthalte drei Teile, nämlich die Handlung des Menschenhandels, das Mittel des Menschenhandels (Täuschung, Zwang, Gewalt) und der Zweck des Menschenhandels, nämlich Ausbeutung. Das Einverständnis werde bei Täuschung irrelevant. In dem Film wird Lilja durch Täuschung zum Opfer; auf Vorspiegelung eines Jobs in einer anderen Stadt wird sie in Wahrheit in eine verschlossene Kammer verbracht und dort der absoluten Gewalt der Menschenhändler ausgesetzt. Typisch ist in diesem Zusammenhang neben der physischen Abgeschlossenheit die Tatsache, dass das Opfer keinerlei Kontakt zur Außenwelt hat, niemanden kennt und häufig auch die Sprache nicht versteht, so dass selbst im Fall einer Flucht es sehr schwierig ist, Hilfe zu erhalten. Der Film wird als Trainingsmaterial eingesetzt für Personen, die in dem Bereich arbeiten. Zu den Projekten des Büros erläuterte sie, man unterstütze NGOs; es gebe eine Datenbank und Analysematerial. In Kürze werde ein Bericht zum globalen Menschenhandel veröffentlicht werden. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit wäre zunächst die Ratifizierung des UN-Protokolls wichtig, um gemeinsame Grundlagen zu schaffen. Es gibt auch ein OSZE-Antitrafficking Programm.

Marcin Swiecicki, Koordinator der Aktivitäten der OSZE auf dem Gebiet von Wirtschaft und Umweltschutz sprach zum Thema „Angebot und Nachfrage“: Private und öffentliche Zusammenarbeit in der Prävention von Menschenhandel (Anlage 6). In der wirtschaftlichen Dimension des Menschenhandels sei zu bedenken, dass sich es um ein wachsendes Phänomen handle, unter anderem weil die Gesellschaft nach Ende des Kalten Krieges mobiler geworden sei. Herkunftsländer seien vor allem im Osten zu finden, Zielländer seien unter anderem alle EU-Länder. Die Ursachen seien in der Regel wirtschaftlicher Natur, liegen in Feminisierung der Armut und Diskriminierung. Auf der Nachfrageseite gebe es eine Nachfrage nach billiger Arbeit bei gleichzeitiger Beschränkung der legalen Einwanderung, so dass hier ein Defizit entstehe. Dabei würden die demographischen Trends dies noch unterstützen. Insofern sei zu prognostizieren, dass die Nachfrage noch weiter steige und nicht durch legale Zuwanderung befriedigt werden könnte. Dies führe zur Entstehung eines Schwarzmarktes. Marktkräfte würden auch entgegen guten gesetzlichen Absichten wirksam, was er am Beispiel von Prohibition erläuterte, deren Fehlschlagen allgemein bekannt ist. Zu der Frage, ob hieraus die Folgerung einer höheren Quote für legale Zuwanderung oder z. B. Legalisierung der Prostitution folge, gebe es allerdings unterschiedliche Meinungen.

Das OSZE-Antitrafficking Programm sehe eine Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und privater Ebene vor, um wirksam vorgehen zu können.

Ergänzend berichtete **Helen Santiago Fink** über den 2003 verabschiedeten Aktionsplan mit den folgenden drei Teilen:

1. Selbstregulierung des Privatsektors
2. Bewusstseinschaffung
3. wirtschaftliche Stärkung.

Im Bereich Selbstregulierung des Privatsektors wurde als Maßnahme beispielsweise ein bestimmter Verhaltenskodex und seine Ausweitung auf weitere Länder genannt. Insgesamt gehöre hierzu eine Verbindung von Regierungs- und Zivilgesellschaftshandeln. So sollten z.B. auch Hotels Informationen an Touristen geben, um Menschenhandel zu bekämpfen. Häufig fehle es überhaupt am Bewusstsein der Problematik, man erkenne nicht immer ein Opfer, wenn es vor einem steht. Bewusstsein müsse daher in Politik, Schulen, TV-Spots, Flughäfen etc. geschaffen werden. Hierzu gehört auch eine Hotline-Nummer, an die sich Betroffene oder Menschen wenden können, die von den Verbrechen Erkenntnis erlangen. Zum dritten Bereich sei Erziehung und Ausbildung wichtig, um auf verschiedensten Ebenen mit dieser Thematik umzugehen.

Sitzung 4: Diskussion über illegale Einwanderung und Menschenhandel im Raum der OSZE

Vorsitz und Moderation:

Nebahat ALBAYRAK, Vizepräsidentin der OSZE PV

- Südosteuropa
Arta DADE, Leiterin der albanischen Delegation in der OSZE PV
- Mittelmeerraum:
Panayiotis ROUMELIOTIS, Professor für Internationale und europäische Wirtschaft, und EU-Sonderbeauftragter im Balkan
- Nordamerika:
Bonnie MILLER – NGO's, Klinische Psychotherapeutin, Institut für Lernschwierigkeiten
- Ehemalige Sowjetunion:
Elena MIZULINS, Ständige Vertreterin der Staatsduma im Verfassungsgericht der Russischen Föderation

Arta Dade, Leiterin der albanischen Delegation, erläuterte, dass Albanien sich auf dem Weg zu Marktwirtschaft und Demokratie befinde. Menschenhandel sei ein Problem, da Albanien eine Art Brückenfunktion zu den westlichen Ländern habe. Bis 1995 habe es keine Rechtsvorschriften gegeben; 1995 sei ein neues Strafgesetz in Kraft getreten, das aber auch keine spezielle Vorschrift für Menschenhandel vorsah. Dieser Mangel habe bis zum Ende der 90er Jahre zu einem Anwachsen der Taten geführt. Nun sei ein nationaler Aktionsplan verabschiedet worden, demzufolge in vier Jahren das Problem gelöst sein solle. Die Bestrafung der Täter gehöre hierzu ebenso wie Informationskampagnen und Integration der Opfer. Die Zahlen der Taten seien denn auch gesunken; die Verhaftungen dem gegenüber gestiegen. 2003 sei bislang die höchste Verurteilungsquote erreicht worden.

Panayiotis Roumeliotis, Professor für Internationale und Europäische Wirtschaft, nahm Stellung zum Mittelmeerraum. Ca. eine halbe Million illegaler Einwanderer gebe es jedes Jahr in der EU. Derzeit seien unterschiedliche Anteile der insgesamt vorhandenen Migranten illegal: von 8 % in Frankreich bis 70 % in Griechenland.

Ursachen für Migration seien die Wirtschaftslage, aber auch Katastrophen im Herkunftsland und das Fehlen von Grundfreiheiten. Die Legalisierung von illegalen Einwanderern bezeichnete er als zweifelhafte Lösung, bei der der Anreiz zum Menschenhandel noch steigen könne. Auch er betonte die Notwendigkeit stärkerer Zusammenarbeit und Abkommen sowie gemeinsamer Politiken für Rückführung etc.

Bonnie Miller, Psychotherapeutin, ging auf die Rekrutierungsmethoden der Menschenhändler ein. Teenager hätten oft wenig Hoffnung und es gebe daher schnell einen Anreiz, etwaigen Täuschungen zu folgen. Schwierig sei häufig die Reintegration der Opfer, weil die Opfer nach Rückführung stigmatisiert würden (z.B. in Albanien). Bosnien-Herzegowina sei sowohl Ziel- als auch Transitland, während Ukraine, Russland und Moldau Herkunftsländer seien. Griechenland als Zielland habe 2004 ca. 13.000 Frauen als Opfer zu verzeichnen. Teilweise würden aber junge Mädchen, wenn sie aufgegriffen würden, in eine Art Lager verbracht, statt ihnen den ordnungsgemäßen Schutz angedeihen zu lassen.

Prof. **Elena Mizulina**, Vertreterin der Staatsduma im Verfassungsrat der russischen Föderation, bezeichnete es als schwierig, die erforderlichen Informationen zu erhalten. Das Phänomen in Russland existiere erst seit Beginn der 90er Jahre, in denen generell Aus- und Abwanderung zugenommen haben, um wirtschaftliche Unterschiede zu überwinden. Russische Frauen seien häufig Opfer von Menschenhandel; so gebe es ca. 5.000 russische Prostituierte in Thailand. Nach ihrer Auffassung sei auch legale Prostitution anzuprangern, da generell Prostitution der Unterdrückung diene. In Russland sei Menschenhandel im Strafrecht geregelt; ferner seien Zeugen- und Opferschutzgesetz verabschiedet worden.

(Schlussworte von PV Präsident Alcee Hastings und Panos Kammenos als Anlage 7 und 8)

Ständiger Ausschuss (*Anlage 9: Tagesordnung*)

OSZE PV-Präsident **Alcee Hastings** (USA) dankte dem ehemaligen Präsidenten Bruce George (Großbritannien) für seine bisherige Arbeit und erklärte seine Absicht, sich vollständig für die Versammlung einsetzen zu wollen. Die Versammlung müsse die OSZE unterstützen und dieser Empfehlungen geben, wobei er als wichtigen Arbeitsbereich die Wahlbeobachtung nannte. Er ernannte Chris Smith wieder zum Sonderbeauftragten für Menschenhandel und Nebahat Albayrak solle die neu eingesetzte Arbeitsgruppe für Haushalt leiten. Im Frühjahr 2005 werde eine Antisemitismuskonferenz in Cordoba (Spanien) stattfinden. Am 11. November werde er den Ständigen Rat besuchen und bei der NATO-Tagung im November eine Übersicht über die Aktivitäten der Versammlung geben. Besuche stünden u.a. in der Türkei, Österreich, Russland, Bulgarien und Kasachstan an.

Abg. **Jerry Grafstein** (Kanada) stellte den **Haushalt** vor (Anlage 10; Anlage 11: Bericht Sonderbotschafter Nothelle). Die Versammlung könne eine gute Haushaltslage verzeichnen. Nur im Bereich der Wahlbeobachtung gehe man über die geplanten Zahlen hinaus. Zwei Beiträge stünden aus. Anschließend dankte er dem Generalsekretär und den Stellvertretern sowie dem weiteren Stab des Sekretariats für die geleistete Arbeit.

Generalsekretär Spencer Oliver verwies zur Übersicht der Aktivitäten der Versammlung auf die wöchentlich erscheinenden „Neuigkeiten aus Kopenhagen“. Neu eingerichtet worden sei

die Arbeitsgruppe zum Haushalt. Die Website werde stetig ausgebaut. Zu den Wahlbeobachtungen verwies er auf die Aktivitäten in Kasachstan und die kommenden Termine in Ukraine und Belarus. Das Büro in Wien laufe mittlerweile gut, die Versammlung wolle konstruktiv einwirken und nicht etwa negativ „kontrollieren“. **Sonderbotschafter Andreas Nothelle, Leiter des Verbindungsbüros**, verwies auf eine Tendenz des Ständigen Rates, die Versammlung wie jede andere Organisation zu behandeln, was dem Selbstverständnis und der Rolle der Parlamentarier widerspreche. In einem Reformpapier der OSZE sei nicht einmal die Existenz der Versammlung erwähnt worden, was er jedoch in dem entsprechenden Gremium korrigieren konnte. Zur Struktur des Büros verwies er auf die große Hilfe durch die Internships, wobei von 12 Personen sieben Frauen waren.

Zur Wahlbeobachtung in Kasachstan berichtete **Ihor Ostash** (Anlage 12) über eine gute Koordinierung mit der PV Europarat. Es habe viele Teilnehmer gegeben, man erlebte Fernsehdiskussion und insgesamt große Veränderungen seit 1999. Das Misstrauen gegen das elektronische Wahlsystem habe zu geringerer Wahlbeteiligung geführt. Von kasachischer Seite wurde der OSZE für die Präsenz gedankt; der von Herrn Ostash übermittelte schriftliche Bericht enthalte jedoch zu negative Aussagen. Bruce George unterstrich die grundsätzliche Sinnhaftigkeit von Wahlbeobachtungen, deren Erfolg sich unter anderen darin zeige, dass man trotz Kritik immer wieder eingeladen würde. Vorbildlich sei die Öffnung der USA für die Wahlen.

Vizepräsidentin Barbara Haering (Schweiz), **Leiterin der Wahlbeobachtung in den USA**, nannte als Gegenstand der Beobachtung das Kandidatensystem, das Abstimmungssystem inklusive der technischen Voraussetzungen etc., so dass ein breites Spektrum zu verzeichnen sei.

Die **georgische Parlamentspräsidentin Nino Burjanadze** machte auf die Situation in Südossetien aufmerksam und dankte der PV für ihre Unterstützung in Edinburgh. Die Aktivitäten der PV hätten dazu beigetragen, dass die Geiselnahme gut ausgegangen sei. Sie setzte sich für eine Friedenskonferenz in der Region ein, die Idee werde aber leider von Russland nicht positiv aufgenommen. Man wünsche sich mehr Beobachter, um die Probleme deutlich zu machen (*Statement als Anlage 13*).

Die Programmbeauftragte Tina Schön erläuterte die Ausbildungsprogramme unter anderem für Armenien.

Als Themenvorschläge für die kommende Tagung wurde unter anderem „Der Verfassungsstaat“ und „Reform der OSZE“ genannt.

Zukünftige Veranstaltungen der OSZE PV:

- Präsidiumssitzung am 5. Dezember 2004 in Sofia, Bulgarien (in Verbindung mit der OSZE-Ministerratstagung)
- Teilnahme an der Ministerratstagung am 6. und 7. Dezember 2004 in Sofia
- Wintertagung vom 24. bis 25. Februar 2005 in Wien (Sitzung des Ständigen Ausschusses, gemeinsame und einzelne Sitzungen der 3 Allgemeinen Ausschüsse)
- Sitzung des Erweiterten Präsidiums im Frühjahr 2005 (Kopenhagen)-(genauer Termin wird noch festgelegt)

- Subregionale Konferenz (genauer Termin wird später festgelegt), 12. bis 14. Mai 2005, Tromsø, Norwegen
- Jahrestagung der OSZE PV, 1. bis 5. Juli 2005 in Washington D.C., Vereinigte Staaten
- Herbsttagung (Ständiger Ausschuss, Konferenz und Mittelmeerforum), 8. bis 11. Oktober 2005, Monaco

Der **Generalsekretär der OSZE, Botschafter Jan Kubis**, stellte den **Haushalt der OSZE für 2005** vor. Man habe Wert auf mehr Transparenz gelegt. Verantwortlich für die Entwürfe seien die Fondsmanager. Das Budget betrage ca. 180 Millionen Euro, 4 % mehr als 2004. Ein Einstieg in Südosteuropa sei mit ca. 2 % zu bewerten, so auch im Kaukasus. Insgesamt gebe es 26 Fonds und 200 Programme. Hier seien Änderungen gegenüber dem Entwurf noch möglich; offen sei z. B. eine Grenzkontrollaktion in Georgien. Der Wachstumstrend ergebe sich in den Bereichen Kampf gegen Terrorismus, Grenzsicherheit, Sicherheit und Zusammenarbeit, Kampf gegen Menschenhandel, Umweltaspekte der Sicherheit, auch im Hinblick auf das notwendige Personal. ODIHR werde besser ausgestattet, was allgemein unterstützt werde.

Zur OSZE-Reform erläuterte er, Außenminister Solomon Passy wolle die Reform unbedingt voranbringen, wie in Edinburgh vorgetragen. Vorschläge seien eine Stärkung des Vorsitzenden, des Generalsekretärs und der PV. Die Arbeitsgruppe zur Reform der OSZE habe Geschäftsordnungsvorschläge erarbeitet.

Ein isländischer Abgeordneter forderte stärkere Kontrollen des Budgets durch die Versammlung. Senator Jerry Grafstein (Kanada) lobte die größere Transparenz des Entwurfs und fragte nach dem Recht einer Blockade trotz Nichtzahlung der Beiträge. Die Antwort von Jan Kubis lautete, die OSZE habe kein echtes Sanktionssystem. Außerdem seien teilweise die Schulden in sehr schweren Zeiten zusammengekommen.

Zu den Arbeiten der Arbeitsgruppe **Moldau** berichtete Vizepräsident der PV Abg. **Kimmo Kiljunen** (Finnland), die Situation habe sich weiter verschlechtert und der geplante runde Tisch sei nicht zustande gekommen. Man plane Besuche auf beiden Seiten und in Russland.

1. Oktober 2004 **Eröffnung des 2. Parlamentarischen Forums** **zu Fragen des Mittelmeerraums**

Eröffnung durch Alcee L. HASTINGS, Präsident der OSZE PV

Begrüßung durch Yannis VALINAKIS, Stellvertretender Außenminister Griechenlands

Begrüßung durch Bruce GEORGE, Präsident Emeritus der OSZE PV und Sonderbeauftragter der OSZE PV für den Mittelmeerraum

Die Mittelmeerdimension der OSZE

Botschafter Jan KUBIS, Generalsekretär der OSZE

Abg. **Alcee Hastings, Präsident der OSZE PV** (USA), unterstrich die verstärkten Beziehungen zu den mediterranen Partnern und dankte Bruce George als Sonderbeauftragten für den Mittelmeerraum für seine Arbeit sowie seinem Vorgänger Abg. Michel Voisin (Frankreich). Die Resolutionen in Rotterdam und Edinburgh hätten sich mit dem

Mittelmeerraum befasst und einen Prozess aktiven und wechselseitigen Dialogs und Förderung des Handels gefordert. Die Sicherheit in Europa sei unteilbar mit der Sicherheit im Mittelmeer verbunden.

Der stellvertretende **griechische Außenminister Yannis Valinakis** unterstrich die Bedeutung, die Griechenland der OSZE zumisst. Die Organisation sei kompatibel mit den Bedürfnissen internationaler Außenpolitik und eine Institution, die niemand ausschließe. Ihr Beitrag zur Sicherheit in Zentralasien usw. könne nicht überbewertet werden. Ideen, Zukunftskonzepte etc. würden hier geboren und weiterverfolgt und an nationale Parlamente und Gremien weitergegeben. Die Parlamentarische Versammlung sei ein Vorreiter. Mehr Handel führe zu stärkerer Kooperation, und dieses wiederum zu mehr Vertrauen und Toleranz, was ein guter Weg in der Mittelmeerregion sein könne. Die OSZE- und die Mittelmeerpartner sollten ihre Beziehungen verstärken (*Rede: Anlage 14*).

Abg. **Bruce George, Sonderbeauftragter für Mittelmeerfragen**, ging auf die Veränderungen der Bereiche in der Geschichte ein, die Europa geformt habe (*Anlage 15*). Lange Zeit hätte man die Mittelmeerländer nur als Sicherheitsrisiko angesehen. Positive Entwicklungen seien zu beobachten, so sei Tunesien auf dem wirtschaftlichen Vormarsch. Die OSZE habe viel anzubieten: nicht Geld, aber Hilfe auf dem Weg zur Demokratisierung. Die Stärke der OSZE liege im Bereich der „sanften Sicherheit“ im Sinne von Konfliktverhütung, während die NATO „harte Sicherheit“ bieten könne.

Generalsekretär Jan Kubis meinte, die Verbindung zwischen Sicherheit und Sicherheit im Mittelmeerraum sei immer klar gewesen, aber erst in den letzten Jahren hätte man einen stärkeren Akzent auf Aktivitäten im Mittelmeerraum gelegt. Er erwähnte das in 2003 in Akabar stattgefundene Seminar sowie die Tatsache, dass ein ähnliches Seminar in diesem Jahr in Ägypten stattfinden werde. Fast jedes Treffen des Ständigen Rates verzeichne eine Beteiligung der Mittelmeerländer, die auch Rederecht hätten. Es gebe mehr echte Diskussionen, häufigere Treffen auch am Rande von Konferenzen, auch mehr Beteiligung in der Versammlung. Als konkrete Beispiele nannte er die Konferenzen in Berlin, Brüssel, Paris usw. und benannte seine Zuversicht, dass sich diese Entwicklung fortsetzen werde.

Sitzung 1: Terrorismus und Fundamentalismus in der Mittelmeerdimension der OSZE

Vorsitz und Moderation:

Panos KAMMENOS, Leiter der Griechischen Delegation in der OSZE PV,
Vizepräsident der OSZE PV

Adrian SEVERIN, ehemaliger Präsident der OSZE PV

Athanassios DOKOS, Direktor der Griechischen Stiftung für
Europäische und Außenpolitik, Griechenland

Mary BOSSI, Doktor für Internationale Beziehungen,
Griechenland

Sotiris ROUSSOS, Lektor, Institut für Internationale
Beziehungen, Pantheon Universität Athen, Griechenland

Adrian Severin, ehemaliger Präsident der Versammlung, beleuchtete die Zusammenhänge zwischen Terrorismus und Fundamentalismus im Mittelmeerraum und die Rolle der OSZE. Für Terrorismus gebe es keine Entschuldigung, aber Ursachen, die man finden und

bekämpfen sollte. Terrorismus sei keine Ideologie, sondern eine Strategie, durch Einfluss von Furcht etwas zu erreichen. Er habe keine klaren Linien und Formen, sei ein unkonventioneller Feind, der auch andere als die „eigentlichen Feinde“ angreift. Dabei wird auch vor der Attacke auf Akteure, die stärker sind - wie ein Staat – nicht zurückgescheut. Terrorismus sei immer mit Fundamentalismus verbunden. Der Fundamentalismus sehe eine Koexistenz mit den herrschenden Bedingungen als unerträglich an. Das Ziel des Terrorismus sei nicht die Eroberung eines Landes, sondern Zerstörung der Lebensart, die dort herrsche. Der Mittelmeerraum sei bislang ein Treffpunkt, kein Schmelztiegel; Geburtsort der europäischen Kulturen und der monotheistischen Religionen. Armut sei eine wesentliche Bedingung. Die OSZE sollte Fehler der Vergangenheit wie Kolonisierung, Kalter Krieg etc. erkennen und den vitalen Interessen im Mittelmeerraum mit einer euromediterranen Doktrin, die politische ökonomische und andere Aspekte umfasse, Rechnung tragen. Das bedürfe einer Strategie für gemeinsame Projekte und eines interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Erziehung zur Demokratie sei ein wesentlicher Punkt, wobei Unterschiede innerhalb der Kulturen anzuerkennen seien. Ein System für nachhaltige Entwicklung müsse geschaffen werden und notwendig sei in jedem Fall eine Bekämpfung der Armut.

Adrian Dokos, Hellenische Stiftung für Europäische und Außenpolitik, ging auf die Zunahme islamistischer Bewegungen ein. Es sei falsch, den Islam monolithisch wahrzunehmen, weil er viele Facetten habe. Das Verhältnis der Kulturen spiele eine bedeutende Rolle. Man habe in Europa viele Berührungspunkte mit dem Islam, so durch islamische Einwanderer in Europa, oder die Türkei, die ein muslimisches Nachbarland sei usw. Erfolg sei nur durch eine Kombination verschiedener Initiativen denkbar, die den Dialog voran bringen.

Mary Bossi ging auf die religiösen Aspekte des Terrorismus ein. Religion werde als Instrument zur Rechtfertigung politischer Dimensionen genutzt und religiöse Gewalt als Methode zum Ausdruck politischer Ideologie. Die internationale Gemeinschaft verfolge das Phänomen islamischer Gewalt, die historische Wurzeln habe und soziale wirtschaftliche und politische Bedingungen. Die Präsenz der OSZE in 55 Ländern könne zur Lösung regionaler Konflikte beitragen. Sie appellierte, die Kirchenführer stärker in den Dialog einzubinden. Wenn diese Gewalt ablehnten, hätte dies großen Einfluss bei der Anhängerschaft. Als Ausgangspunkt nannte sie eine Erklärung der Kirchenführer in Athen anlässlich der Olympischen Spiele.

Sotiris Roussos, Dozent, Institut für Internationale Beziehungen, Universität von Athen verwies auf das Unverständnis des Westens für den Islam. Die hauptsächlichen Fragen z. B. nach dem Krieg im Irak seien die Fragen, welcher Staat zu gründen sei, welche Elite ihn regiere. Der Marktaspekt habe eine große Bedeutung, wie das „Dubai-Wunder“ beweise. Seit 1990 habe sich die Armut weiter ausgebreitet. Die islamische Bewegung fuße wirtschaftlich auf der Arabischen Welt. Es gebe eigene Finanzinstrumente wie Banken etc. Im Westen sehe man die Frage der eigenen Sicherheit als Grund für Aktivitäten und wolle die Regierungen deshalb stabilisieren. Die OSZE könne Hilfestellung durch Kontrolle z. B. bei Wahlen leisten. Die Idee eines Konferenzprozesses wie der KSZE im Mittelmeerraum nannte er als Modell. In der Debatte wurde von Israel die Frage nach dem Status der mediterranen Partner aufgeworfen, ob diese nur Zuhörer oder Partner seien. Die Rednerin lehnte eine originäre Verbindung zwischen Terrorismus und Fundamentalismus ab, da beide auch ohne einander existieren könnten. Auch Armut sei keine zwangsläufige Bedingung. Von italienischer Seite wurde auf die Selbstmordanschläge als neues Medium des Terrorismus hingewiesen, die man stärker untersuchen müsse.

Sitzung 2: Wirtschaftliche Sicherheit, Handel und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum

Vorsitz und Moderation:

Jerry GRAFSTEIN, Senator, Kanada, Schatzmeister der OSZE
PV

Botschafter Janez LENARCIC, Vorsitzender der OSZE-
Kontaktgruppe zu den Kooperationspartnern des
Mittelmeerraums, Ständiger Vertreter Sloveniens in der OSZE

Charalambos TSARDANIDES, Direktor des Instituts für
Internationale und Wirtschaftsbeziehungen, Griechenland

Senator **Jerry Grafstein** (*Anlage 16*) kritisierte, dass die Beziehungen zu den Partnern noch nicht genug ausgebaut seien. Es seien junge Gesellschaften, wo die Jungen aber wenig Jobs finden. Man brauche einen Pakt für Frieden und Wohlstand, der auf freien Handel, Modernisierung und ökonomisches Wachstum ziele. Dieses stehe vor der politischen Ideologie. Die Regierung Kanadas sei seiner Aufforderung für den Abschluss eines Freihandelsabkommens leider nicht gefolgt. Als Beispiel für gelungene wirtschaftliche und politische Versöhnung nannte er Deutschland und Frankreich, gemeinsame Abkommen, die über Kohle und Stahl den Weg zu EG und EU geebnet hätten. Diese Institutionen gründeten auf Freihandel und Modernisierung. Auch in China sei die Modernisierung der Wirtschaft Ausgangspunkt. Als Vorschlag nannte er eine unabhängige Wirtschaftskommission für den mittleren Osten. Parlamentarier könnten auf die Abschließung von Freihandelsabkommen hinwirken; die EU könne durch Abbau von Zöllen helfen.

Janez Lenarcic, Vorsitzender der OSZE-Kontaktgruppe Mittelmeerraum, nannte Armut und schlechte Regierungen als sich gegenseitig verstärkende Faktoren. Investition in menschliches Kapital wie Know How und Fähigkeiten, die Schaffung von Rechtsrahmen, Kampf gegen Korruption seien Lösungswege. Der Rolle des privaten Sektors müsse größerer Bedeutung beigemessen werden. Die OSZE könne keine direkte finanzielle Hilfe geben, aber Hilfe im Sinne eines Netzwerks und durch Unterstützung von Prozessen. Wichtig sei auch, was sich zwischen den Mittelmeerpartnern abspiele, die einen verstärkten Transfer durchführen könnten. Die zunehmende illegale Migration werde ein Thema im Seminar in Ägypten sein.

Charalambos Tsardanides, Direktor des Instituts für Internationale und Wirtschaftsbeziehungen, präsentierte Zahlen zum euromediterranen Handel. Heute seien die Handelsströme asymmetrisch. Die EU sei wichtiger Partner für die Mittelmeerländer, aber nicht umgekehrt. Der Handel innerhalb der Region sei aus politischen und strukturellen Gründen schwach. Die EU mache protektionistische Politik. Europa sollte jede Initiative fördern, die die Asymmetrie abschwäche. Abg. **Helmut Rauber** (CDU/CSU) kritisierte die fehlende Bereitschaft zur Investition. Der Kampf gegen Terrorismus könne nur als gemeinsamer Kampf geführt werden. Die Anschläge von Madrid hätten die Entschlossenheit der Täter bewiesen, auch eine unbegrenzte Zahl von Menschen zu töten. Wichtig sei eine Bündelung der Mittel; militärische Einsätze allein seien nicht ausreichend. Er schloss sich der Empfehlung an, die Kirchenführer stärker einzubinden.

Sitzung 3: Allgemeine Debatte über Sicherheit im Mittelmeerraum – Sicherheitsrisiken, Bedrohungen und Herausforderungen im Mittelmeerraum

Vorsitz und Moderation:

Bruce GEORGE, Präsident Emeritus der OSZE PV und Sonderbeauftragter der OSZE PV im Mittelmeerraum

Abg. **Bruce George** (Großbritannien) eröffnete die Sitzung mit einem Überblick über die Veränderungen in den Mittelmeerländern. Die OSZE könne mehr unternehmen; die Werkzeuge seien vorhanden. Die Konferenz, wie damals die KSZE, könne ein Modell für den Mittelmeerraum sein.

Von spanischer Seite wurde nochmals auf das globale Problem des Terrorismus eingegangen. Spanien befindet sich seit 30 Jahren im Kampf gegen terroristische Organisationen. Der Redner forderte mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit und Dialog, was auch von anderen bestätigt wurde. Abg. **Kurt Dieter Grill** (CDU/CSU) erklärte, die Phase der Rationalität des Kalten Krieges sei abgelöst durch die irrationale Phase der religiösen und ethnischen Gegensätze. Der Israel- und Palästina-Konflikt werde in diesem Forum nicht behandelt, was er als Mitglied der Euromed PV unterstreiche. Dort habe man sich im März für den Politischen Ausschuss über einen Vertreter Israels und Palästinas verständigt, was jedoch nicht funktioniert habe. Eine andere Irrationalität sei die These, dass man keine Fortschritte auf wirtschaftlichem Gebiet erreichen könne, wenn der Nahost-Konflikt nicht gelöst sei. Dies erlaube ein zu langes Abwarten und blockiere die praktischen Handlungen. Potenzial für wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit sei vorhanden. Zum Thema Sanfte Sicherheit seien vielleicht andere Kooperationsformen erforderlich. In der Euromed seien alle Länder als Partner (nicht nur Beobachter) an einem Tisch versammelt. Er habe Sorge, dass das Thema unkoordiniert an zu vielen Stellen behandelt werde und forderte stärkere Konzentration.

In den folgenden Beiträgen wurden immer wieder Probleme von Krisengebieten, die Situation Israel und Palästina, Zypern und mögliche Strategien der OSZE behandelt. Der schwedische Abgeordnete Göran Lenmarker nannte das Wachstum der Mittelmeerstaaten als entscheidenden Punkt. Es gehe nicht um Hilfe, sondern um gegenseitige Unterstützung; die Öffnung der Märkte sei eine wesentliche Bedingung. Ein zweiter Schwerpunkt seien die Menschenrechte und Demokratisierungsprozesse.

Von französischer Seite wurde methodische Kritik geäußert, dass man Experten aus verschiedenen Fachrichtungen höre und alle Delegierten ihre Position darlegten, ohne dass eine echte Diskussion stattfinde. Es solle für eine effiziente Arbeit mehr Vorarbeiten geben auch für die Debatte, so dass die Konferenz effektiver werde.